

Klingbeil lässt keine Kompromisse: AfD-Debatte als internes Foulspiel!

Lars Klingbeil kritisiert die Debatte um die AfD im Bundestag als unnötig. Jens Spahn schlägt eine andere Behandlung vor.



Bundestag, Deutschland -

In der aktuellen Debatte über den Umgang mit der AfD im Bundestag hat Lars Klingbeil, Vorsitzender der SPD, scharfe Kritik geäußert. Er bezeichnete die Diskussion als unnötig und als ein parteiinternes Foulspiel gegen den CDU-Chef Friedrich Merz. Laut Klingbeil werde es von sozialdemokratischer Seite keine Normalisierung des Umgangs mit der AfD geben. Er betonte hierzu, dass er im Bundestag nicht für einen AfD-Politiker stimmen werde.

Seit dem Einzug der AfD in den Bundestag im Jahr 2017 sind

sämtliche Bewerber der AfD um den Posten eines Bundestags-Vizepräsidenten gescheitert. In der vergangenen Wahlperiode erhielt die AfD zudem keine Ausschussvorsitze. Klingbeil bezeichnet die Diskussion rund um den Umgang mit der AfD als unangebracht, insbesondere nach dem jüngsten Koalitionsvertrag mit der Union. Die Vorstöße von Jens Spahn, einem Unionsfraktionsvize, die AfD bei organisatorischen Fragen im Bundestag wie andere Oppositionsparteien zu behandeln, sind auf Widerstand gestoßen.

Kritik von innen und außen

Jens Spahn hat vorgeschlagen, die Regeln im Parlament entsprechend zu ändern, um der AfD nicht das Gefühl zu geben, in eine Opferrolle gedrängt zu werden. Diese Idee erhält Unterstützung von einigen Unionspolitikern, unter anderem von Dennis Radtke, dem Vorsitzenden des CDU-Arbeitnehmerflügels. Radtke bezeichnete die Debatte als überflüssig und warf die Frage auf, ob die Geschäftsordnung des Bundestages zulasten der AfD verletzt wurde. Er warnte davor, die „Opfer-Narrative“ der AfD weiter zu befeuern.

Mit Blick auf eine mögliche Annäherung an die AfD distanzieren sich Klingbeil und Ralf Stegner, ebenfalls SPD, deutlich von dem Gedanken. Stegner warnte, dass eine Normalisierung des Verhältnisses zur AfD die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD gefährden könnte. Diese Diskussion über den Umgang mit der AfD wirft viele Fragen auf und zeigt die interne Uneinigkeit innerhalb der Union, während die SPD an ihrer ablehnenden Haltung festhält. Der Bundestag hat sich de facto klar positioniert: Laut einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat die AfD keinen Rechtsanspruch auf Ausschussvorsitze.

Die AfD bleibt derzeit die größte Oppositionsfraktion im Bundestag, hat jedoch in der Vergangenheit wiederholt zentrale politische Posten verloren, darunter auch die Bewerbung um Vizepräsidenten. Diese Entwicklungen werfen nicht nur Fragen

über die interne Politik der CDU auf, sondern auch über die künftigen Umgangsformen mit der AfD im Bundestag. Mit einem klaren Nein zu jeglicher Annäherung an die AfD sendet die SPD eine starke und eindeutige Botschaft, die die politische Landschaft in Deutschland weiterhin prägen dürfte.

Details	
Vorfall	Politik
Ort	Bundestag, Deutschland
Quellen	• www.bayerische-staatszeitung.de • www.faz.net

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de